

Immer die Nase im Wind

Nachrichten aus dem Netzwerk Sozialpsychiatrischer Dienste in Deutschland



Auf unserer Homepage gibt es interessante Dinge zu lesen

Die Leserinnen und Leser der Sozialpsychiatrischen Informationen können nun schon zum siebten Mal in Folge an dieser Stelle Neuigkeiten aus unserem Netzwerk erfahren. Wer das einmal versäumt hat, kann es über einen Link auf unserer Homepage www.sozialpsychiatrische-dienste.de nachholen. Diese Homepage bietet u. a. zurzeit eine Reihe interessanter Stellungnahmen zur Problematik der Zwangsmedikation in Kliniken (Aktuelles), darüber hinaus auch Materialien zu früheren und Programme von künftigen Netzwerkveranstaltungen. Zuletzt waren die regionalen Netzwerke West und Nord aktiv: Am 5. März gab es für Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz in Frankfurt am Main gemeinsam mit der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf eine Fortbildungsveranstaltung; Titel: »Die UN-Behindertenrechtskonvention – Was hat das mit uns zu tun?« Am 13. März trafen sich Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen in Bremerhaven, um zum Thema »Strategische Kooperationen der Sozialpsychiatrischen Dienste« zu diskutieren. Im September sind dann die Netzwerke Ost (27.–28.09. in Berlin) und Süd (18.–19.09. in der ev. Akademie Bad Boll) an der Reihe. Die Kontaktadressen der Ansprechpartner für die vier regionalen Netzwerke finden Sie ebenfalls auf unserer Homepage. Die Koordi-

nierungsgruppe hat sich vorgenommen, den Informationsfluss zu den lokalen Sozialpsychiatrischen Diensten (SpDi) durch Gewinnung von Kontaktpersonen für jedes Bundesland weiter zu verbessern.

Eine andere Psychiatrie ist möglich: Reforminitiativen einzelner Länder

Klaus Obert berichtet aus Baden-Württemberg, dass die dortigen Planungen für ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz noch im Zeitplan sind. Ende 2012 wurde mit breiter Beteiligung verschiedenster Akteure ein Eckpunktepapier vom Landesarbeitskreis Psychiatrie erarbeitet. Mit der Verabschiedung dieses Papiers in der Kabinettsrunde wird dem Sozialministerium der Auftrag erteilt, einen Referentenentwurf zu erstellen, der als Grundlage des Gesetzes in das übliche parlamentarische Verfahren eingebracht werden soll. Noch besteht das ehrgeizige Ziel, bis Anfang 2014 das Gesetz ratifizieren und umsetzen zu können. Ganz im Sinne der grün-roten Landesregierung sollen derartige Vorhaben in einem demokratischen Beteiligungsprozess mit allen Akteuren in gemeinsamer Verantwortung verwirklicht werden. Durch die Orientierung an den neueren, sozialpsychiatrisch ausgerichteten Hilfesetzen für psychisch kranke Menschen in anderen Bundesländern besteht die Hoffnung, ein sozialpsychiatrisch sich ausweisendes Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz in

Baden-Württemberg auf den Weg zu bringen. Durch die Politik der neuen Landesregierung sind die SpDi wieder stärker in den Blickpunkt der Debatte gerückt. So wurde die 2002 vorgenommene Kürzung des Landeszuschusses in engem Zusammenhang mit der Planung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes bereits wieder zurückgenommen. Die SpDi sollen eine zentrale Rolle im Hinblick auf die ambulante sozialpsychiatrische Versorgung einnehmen.

Auch in Niedersachsen weckt der im Februar 2013 geschlossene Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Hoffnung, dass die gerade gewählte Regierung der Psychiatriereform neue Impulse gibt. Die 2007 vollzogene Privatisierung der Landeskrankenhäuser wird heftig kritisiert, die negativen Folgen für die Qualität des Hilfesystems sollen durch konsequente Fachaufsicht und Überwachung der Verträge in Grenzen gehalten werden. Die Koalition will zur dringend notwendigen Verbesserung der Versorgung einen Landespsychiatrieplan vorlegen, der auf Gemeindenähe und nach dem Prinzip ambulant vor stationär auszurichten ist. Auch soll der Landesfachbeirat Psychiatrie als Beratungsgremium der Landesregierung gesetzlich verankert werden. Weiter ist beabsichtigt, mittels Modellprojekten zu Regionalen Budgets eine leistungsträger- und schnittstellenübergreifende Finanzierung des jeweils individuell abzustimmenden Hilfebedarfs zu erproben.

Kontakt / Koordination:

Sabine Erven • Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Nds. e. V. • Fenskeweg 2 • 30165 Hannover • Tel. 05 11 / 3 88 11 89 8 • E-Mail: info@akademie-sozialmedizin.de

Kooperationspartner:

